

Fremdbestimmung

Schrittweiser NATO-Abzug aus Kosovo

Von Werner Pirker

Die Mission sei zwar noch nicht vollendet, aber auf dem besten Weg dazu. In diesem Sinn äußerte sich Verteidigungsminister Franz Josef Jung anlässlich des Beschlusses, NATO-Truppen schrittweise aus dem Kosovo abzuziehen. Zuerst sollen 4000 der insgesamt 14000 Besatzungssoldaten das von Serbien gewaltsam losgetrennte Gebiet verlassen. In der seit einem Jahr als »unabhängiger Staat« auftretenden Provinz sei eine eigene Sicherheitsstruktur gewachsen, begründete Jung das nachlassende militärische Engagement des Westens.

Die Deutschen hatten stets das größte Kontingent im Kosovo. Sie waren schließlich auch hauptverantwortlich für die gewaltsame Auflösung Jugoslawiens. Seit dem 12. Juni 1999, als die ersten Bundeswehrsoldaten die südserbische Provinz betraten, haben dort 100000 deutsche Militärangehörige Dienst geschoben. Zum Schutz der nichtalbanischen Bevölkerung im multinationalen Land haben sie keinen Finger gerührt. Angeblich waren sie gekommen, um ethnische Säuberungen, das heißt die behauptete Vertreibung von Albanern durch Serbien, zu verhindern. Doch erst mit dem Eintreffen der NATO-Soldaten ging die blutige Folklore los. Die Vertreibung von Serben, Roma und anderen Nichtalbanern durch Albaner aber wurde im Westen nicht als »ethnische Säuberung« wahrgenommen. Jedenfalls nicht als eine, die es mit Gewalt zu verhindern galt. Die Verhinderer einer humanitären Katastrophe berührte es kaum, daß an die 200000 Kosovo-Serben ihre Heimat verlassen mußten, daß mehrere tausend massakriert wurden, die kulturellen Zeugnisse der serbischen Existenz in der Region in Flammen aufgingen und Pogrome gegen Roma zur Brauchtumpflege gehörten.

Die jugoslawische Führung hatte im Juni 1999 dem Vertrag von Kumanovo und der daraus resultierenden Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates nur zugestimmt, weil darin das Kosovo als integraler Bestandteil Jugoslawiens genannt wurde. Doch die UN-mandatierten Besatzungsorgane taten alles, um den UN-Beschluß in sein völkerrechtswidriges Gegenteil zu verkehren. Im Februar 2008 erklärte der politische Ausschuß der Organisierten Kriminalität im Kosovo die Provinz zum unabhängigen Staat. Die Westmächte und ihre Vasallen sprachen dem illegalen Gebilde ihre Anerkennung aus und verabschiedeten sich damit vom Prinzip der Staatensouveränität. Weil man aber auch in Washington und Brüssel wußte, daß mit UCK-Gangstern kein Staat zu machen ist, blieben wesentliche Funktionen der Staatsmacht im Kosovo in ausländischer Hand.

Das ist die Situation, in der die NATO ein Auslaufen ihrer Mission ins Auge faßt. Doch selbst nach einer Beendigung der ausländischen Militärpräsenz wird das Kosovo kein unabhängiges Land sein. Die größte Selbständigkeit genöß das Amselfeld während seiner Zugehörigkeit zu Jugoslawien. Da war es multinational und selbstverwaltet, Heute ist es albanisch und fremdbestimmt.

Junge Welt, 13.06.2009